

BESCHLUSS

aus der Niederschrift über die 5. Sitzung des Rates vom 18.05.2021.

13. Beitritt zum Bündnis "Städte Sicherer Hafen"

hier: Antrag der Fraktion Bündnis90/Die Grünen vom 26.11.2020

Vorlagen-Nr.: 45/2021

Bürgermeisterin Große-Heitmeyer verweist auf die Vorberatungen in der Fachausschusssitzung. In der Sitzung war der Beschlussentwurf der Verwaltung abgelehnt worden. Der Fachausschuss hat den von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vorgeschlagenen Beschlussentwurf gefasst. Da weitere Wortmeldungen nicht vorliegen, lässt Bürgermeisterin Große-Heitmeyer über die einzelnen Beschlussteile des Antrags der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

20 Ja-Stimme(n), 0 Gegenstimme(n), 5 Stimmenthaltung(en)

Beschluss:

Die Gemeinde Westerkappeln unterstützt wie zahlreiche andere Städte die Initiative „Seebrücke – Schafft sichere Häfen“, erklärt sich offiziell zum sicheren Hafen für geflüchtete Menschen und tritt dem Bündnis „Städte Sicherer Hafen“ bei.

21 Ja-Stimme(n), 0 Gegenstimme(n), 4 Stimmenthaltung(en)

Die Gemeinde Westerkappeln erklärt sich bereit, geflüchtete Menschen zusätzlich aufzunehmen, die sich in katastrophalen und inhumanen Zuständen in Auffanglagern befinden. Das betrifft insbesondere Frauen und Familien mit minderjährigen Kindern und Jugendlichen.

22 Ja-Stimme(n), 0 Gegenstimme(n), 3 Stimmenthaltung(en)

Die Bundesregierung, insbesondere der Bundesminister des Inneren, für Bau und Heimat, wird von der Bürgermeisterin aufgefordert, die Angebote der Kommunen und Länder für direkte Aufnahme von Geflüchteten endlich anzunehmen und entsprechende finanzielle und organisatorische Unterstützung zur Verfügung zu stellen.

22 Ja-Stimme(n), 0 Gegenstimme(n), 3 Stimmenthaltung(en)

Die Bürgermeisterin wird die Bereitschaft der Gemeinde Westerkappeln zur Aufnahme von zusätzlichen Geflüchteten der Bundes- und Landesregierung mitteilen und anbieten. Die Bürgermeisterin wird dabei gegenüber der Bundes- und Landesregierung klarstellen, dass diese Bereitschaft mit der Erwartung verbunden ist, endlich für eine transparente und gerechte Verteilung aller Geflüchteter auf die Kommunen sowie deren auskömmliche finanzielle und organisatorische Unterstützung, die für die kommunale Aufnahme und erfolgreiche Integration notwendig ist, Sorge zu tragen.

23 Ja-Stimme(n), 0 Gegenstimme(n), 2 Stimmenthaltung(en)

Die Gemeinde Westerkappeln appelliert an die Bundes- und Landesregierung, sich zusätzlich zu diesem dringend erforderlichen humanitären Akt der Geflüchtetenaufnahme verstärkt für die Bekämpfung von Fluchtursachen, für sicherere Fluchtwege und für eine humane europäische Flüchtlingspolitik einzusetzen sowie der Kriminalisierung von Seenotretter*innen entgegenzutreten.
